

ALBANIEN

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2021

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die politische Lage Albaniens ist von einer starken Polarisierung zwischen der Regierungsmehrheit der Sozialistischen Partei (SP) um Premierminister Edi Rama und der Opposition aus Demokratischer Partei (DP) und Sozialistischer Bewegung für Integration (LSI) geprägt. Seit Februar 2019 boykottieren DP und LSI das Parlament, während der Präsident Ilir Meta (ehemals LSI), für den verfassungsrechtlich eine vornehmlich repräsentative Rolle vorgesehen ist, aktiv über die Verweigerung der Zustimmung zu Gesetzen und durch das Erlassen von Dekreten, selbst Einfluss nimmt. Lediglich zu Beginn der Corona-Pandemie 2020 zeigten sich die politischen Kräfte geeint und unterstützten gemeinsam die äußerst restriktiven Maßnahmen bis Juni 2020. Es schloss sich eine Einigung in Bezug auf die Wahlrechtsreform an, die bedeutende Voraussetzung für die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen war. Die Dialogbereitschaft war jedoch von nur kurzer Dauer. In der zweiten Hälfte 2020 und Beginn 2021 nahm die Polarisierung erneut zu und begründete die konfliktive Grundstimmung des Wahlkampfs im Vorfeld der Parlamentswahl am 25.4.2021. Zu dieser regulär stattfindenden Wahl werden alle maßgeblichen politischen Parteien antreten und es ist davon auszugehen, dass sie den Parlamentsboykott der bisherigen Opposition beendet.

Doch neben der verfahrenen aktuellen Situation sind die weitaus bedeutenderen Fragen, ob und wie politische Aushandlungsmechanismen mittel- und langfristig neugeordnet werden können, um demokratische Institutionen zu konsolidieren. Dies ist die zentrale Reformaufgabe für die kommenden Jahre. Erste wichtige Schritte sind bereits im Justizsektor erfolgt. In einem umfassenden Vetting-Verfahren wird die Eignung von Richter_innen und Staatsanwält_innen geprüft, indem sie unter anderem ihre Vermögen offenlegen müssen. Zahlreiche Jurist_innen haben durch dieses Verfahren bereits ihre Posten geräumt oder räumen müssen. Zudem wird der gesamte Justizsektor institutionell neu aufgestellt. Auch in

Legislative und Exekutive werden in Zukunft vermehrt ähnliche Verfahren durchgeführt. So hat die Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität 2020 ihre Arbeit aufgenommen. Diese Initiativen haben transformatives Potenzial und sind damit politische Kraftakte, denen sich allerdings Profiteur_innen des Status quo in allen Bereichen entgegenstellen.

Derartige Reformen hängen eng mit der EU-Perspektive des Landes zusammen, deren Konditionalitäten einen Hebel für Wandel bieten. Denn sowohl in der Bevölkerung als auch in allen relevanten politischen Lagern ist bislang der Wunsch stark, in Beitrittsverhandlungen einzutreten. Ende März 2020 wurde die Eröffnung von Beitrittsgesprächen nach Erfüllung eines Vorbedingungskatalogs angekündigt, sie ist bis zum April 2021 jedoch noch nicht erfolgt. Es ist fraglich, ob die transformative Strahlkraft der EU anhält, sollte die Eröffnung von Verhandlungen weiter verschoben werden.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bis zum schweren Erdbeben 2019 und der Covid-19-Pandemie verfügte Albanien über ein konstant moderates Wachstum. Im Jahr 2018 wuchs das BIP noch um 4,0 Prozent und 2019 dann um 2,2 Prozent, bis es 2020 um 8,4 Prozent schrumpfte. Sollte die Pandemie eingedämmt werden, wird eine Erholung mit einem Wachstum von fünf Prozent prognostiziert. Auch die Staatsverschuldung war zunächst leicht gesunken und lag 2019 bei 66,2 Prozent, wird für 2020 jedoch bei 81,4 Prozent geschätzt. Neben fehlenden Steuereinnahmen durch den wirtschaftlichen Einbruch, ausbleibenden Exporten und niedrigem Ölpreis stiegen staatliche Ausgaben für die soziale Sicherung und für den Wiederaufbau als Folge des Erdbebens.

Mit 47,92 Prozent Anteil am BIP sind Dienstleistungen der größte Sektor, gefolgt von Industrie und Baugewerbe mit 21,30 Prozent und Landwirtschaft mit 18,42 Prozent. Vor der Pandemie waren vor allem der Energie- und der Bausektor sowie der Tourismus die wesentlichen Wachstumsbranchen.

Daneben wächst auch die Bekleidungs- und Schuhindustrie. Letztere sowie insbesondere der Tourismus wurden stark von der Pandemie getroffen. Sollte die Pandemie bis Ende des Jahres eingedämmt sein, ist von einer Erholung in diesen Sektoren auszugehen. Mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivität werden die Einnahmen bis 2022–2025 voraussichtlich das Vorkrisenniveau von 27,6 Prozent des BIP erreichen. Die albanische Staatsverschuldung sollte mittelfristig wieder sinken.

Der wirtschaftliche Schock 2020 machte auch die strukturellen Defizite des albanischen Wirtschaftsmodells und seiner sozialen Auswirkungen deutlich. Die albanische Volkswirtschaft basiert auf Niedriglohnbeschäftigung und produziert eine hohe Ungleichheit in Einkommen und vor allem in Vermögen. So ist der albanische Mindestlohn in den vergangenen Jahren zwar deutlich gestiegen, bildet mit monatlich 240 Euro (seit 2021) jedoch weiterhin das Schlusslicht im Eurostat-Vergleich. Der offizielle Durchschnittslohn formeller Lohnarbeit lag bei Pandemiebeginn 2020 bei ca. 440 Euro. Allerdings besteht trotz gezielter Bestrebungen zur Formalisierung weiterhin ein bedeutender informeller Sektor, der auf einen Anteil zwischen einem Drittel und der Hälfte der Beschäftigten geschätzt wird. Zudem ist der Anteil der Selbstständigen und der Kleinstunternehmen der höchste in der Region. Waren die Löhne bereits vor der Pandemie trotz deutlichen Verbesserungen in den Vorjahren niedrig, sind sie im vergangenen Jahr erneut gesunken (offizielle Zahlen liegen noch nicht vor).

Mit dem Versuch, komparative Vorteile über niedrige Löhne zu erhalten, korrelieren fehlende Investitionsbereitschaft und wenig technologischer Fortschritt. Es gibt bisher kaum industriepolitische Ansätze, die albanische Wirtschaft auf eine höhere Wertschöpfungsstufe zu heben. Neben relativ einfachen Fertigungsprozessen (z. B. im Textilsektor) wird auch im wachsenden Dienstleistungssektor und in der traditionell wichtigen Landwirtschaft (40 Prozent aller Beschäftigten arbeiten hier) nicht strategisch investiert. Dienstleistungen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen sind häufig auf kurzfristige Profite ausgelegt. Ein Zusammenhang zu den Unsicherheiten der Umbrüche in den letzten Jahrzehnten ist wahrscheinlich. Mit Ende des Kommunismus wurde der Markt unbegrenzt geöffnet und ein maximaler Rückzug des Staates auch von internationalen Gebern gefördert. Ergebnis war nicht nur eine offene Volkswirtschaft. Der ungezähmte Kapitalismus führte zu einem Verharren auf einer niedrigen Wertschöpfungsstufe, hoher Ungleichheit und einer unzureichenden Bereitstellung öffentlicher Güter. Letzteres zeigt sich insbesondere in Hinblick auf die soziale Sicherung. Es gibt lediglich eine rudimentäre Zahlung bei Armut und Arbeitslosigkeit.

Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 11,8 Prozent (Q4 2020), erstaunlicherweise nur 0,6 Prozent über dem Vorjahrswert, wobei mehr als ein Fünftel (21,7 Prozent (Q4 2020)) der jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren weder in Schule, Ausbildung noch Arbeit sind. Entsprechend äußern mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen den Wunsch, ins Ausland zu emigrieren, wo sie sich einen höheren Lebensstandard und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen. Die Be-

schäftigungsaussichten hängen weitgehend von der Erholung des Dienstleistungssektors und der Höhe der Wiederaufbauinvestitionen ab. Die Inflationsrate lag 2020 bei 1,6 Prozent (seit 2012 zwischen 1,3 und 2,1 Prozent).

Die albanische Bevölkerung ist vergleichsweise jung, wobei das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Ein ähnlicher demografischer Wandel wie im Rest Europas ist also zeitversetzt zu erwarten. Die Migration junger Menschen, die zusätzlich durch Anwerbeprogramme aus Deutschland und anderen Ländern unterstützt wird, trägt damit nicht nur zu einer Abwanderung von Fachkräften, sondern auch zu einer Verschiebung der Altersgruppen in der Gesellschaft bei.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Sichtbarkeit der Gewerkschaften in der albanischen Öffentlichkeit ist weiterhin gering. Doch trotz des begrenzten gesellschaftlichen und politischen Einflusses wurden in den vergangenen zwölf Monaten einige Gewerkschaftsinitiativen teils erfolgreich durchgeführt:

- Während der Pandemie legte das Unternehmen »Teleperformance« (Call Center) ihren Beschäftigten einen neuen Arbeitsvertrag vor, der die Installation einer Kamera in der eigenen Wohnung vorsah. Als Überwachung und damit Verletzung der Privatsphäre eingeschätzt, widersprach die Unternehmensgewerkschaft »Solidariteti« dieser Maßnahme. In einer Informationskampagne informierten sie sowohl die Mitgliedschaft als auch die Öffentlichkeit und reichten den Fall beim Kommissar für Information und Schutz der persönlichen Daten ein. Die Institution stellte fest, dass die Maßnahme widerrechtlich war und gab der Gewerkschaft Recht. In der Folge führte die Gewerkschaft eine Umfrage unter den Mitarbeiter_innen über die Einhaltung des Verbots durch.
- Die Konföderation der Gewerkschaften Albaniens (KSSH) formulierte 2019 die Forderung nach Tarifverträgen und einem Sonderstatus für Bergarbeiter_innen und Metallarbeiter_innen. Die Gewerkschaft der Vereinten Bergarbeiter_innen Bulqiza (SM-BB, ohne Dachverband) führte diese Initiative ab 2020 in Form einer Petition fort, die inzwischen landesweit 11 000 Bürger_innen unterschrieben haben. Nichtsdestotrotz erfolgte bisher seitens der staatlichen Institutionen keine Reaktion. Der Gewerkschaftsvorsitzende wird bei den Parlamentswahlen im April 2021 als unabhängiger Kandidat kandidieren, um im Parlament eine Gesetzesinitiative für die Genehmigung des Sonderstatus auf den Weg zu bringen.
- Das Bildungsministerium hat auf einige Forderungen der Unabhängigen Bildungsgewerkschaft positiv reagiert. So wurde den Bedingungen der Covid-19-Pandemie entsprechend der Schulunterricht aufgezeichnet und im nationalen Fernsehen übertragen. Des Weiteren haben einige Internet-Anbieter ihre Gebühren halbiert, um *Home Schooling* zu ermöglichen.

- Im Februar 2020 traten die Ölarbeiter_innen der Ballsh-Raffinerie für 12 Tage in den Hungerstreik, nachdem sie monatelang keine Gehälter durch das private Unternehmen gezahlt bekommen hatten. Zudem forderten sie feste Arbeitsverträge. Der Hungerstreik hatte zunächst keine Folge. Am 17.9.2020 protestierten die Ölarbeiter_innen schließlich vor dem Ministerium für Infrastruktur und Energie in Tirana und erhielten erneut kein Gehör. Zehn Tage später traten die Ölarbeiter in einen zweiten Hungerstreik, der 42 Tage dauerte. Am 10.11.2020 akzeptierten die Ölarbeiter_innen der Ballsh-Raffinerie ein Angebot der Regierung, das zwar keine Kompensation der Lohnrückstände jedoch eine monatliche finanzielle Unterstützung vorsah.
- Im April 2021 legten die Fluglots_innen des Flughafens Tirana ihre Arbeit nieder. Sie wählten dafür eine regulär vorgesehene Regelung für die Anzeige von Arbeitsüberlastung und Stress, die sie von der Flugaufsicht entbinden muss und aus Sicherheitsgründen für eine bestimmte Zeit administrative Aufgaben zuteilt. Diese Form des Protests war gewerkschaftlich organisiert, jedoch kein offizieller Streik, der dieser Berufsgruppe in Albanien anders als andernorts untersagt ist. Die Arbeitsniederlegung war eine Reaktion auf eine Lohnkürzung von ca. 60%, die elf Monate zuvor ohne Gewerkschaftskonsultation erfolgt war. In der Folge wurden türkische Fluglots_innen als Ersatz eingeflogen, die Mitarbeiter_innen vorübergehend verhaftet und Verfahren gegen sie eröffnet. Neben der strafrechtlichen Dimension des Verfahrens wird Ihnen auch ein politischer Hintergrund des Protests vorgeworfen, da dieser zwei Wochen vor der albanischen Parlamentswahl stattfand.

GEWERKSCHAFTEN IN ALBANIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern gibt es in Albanien keine historisch gewachsene Gewerkschaftsbewegung. In der Zeit der Diktatur (1944–1990) war die Gewerkschaft Teil der Einheit von Staat und Partei und damit lediglich eine Propagandaorganisation des Regimes. Einen sozialen Dialog gab es weder am Arbeitsplatz noch auf Sektor- oder nationaler Ebene. Nach dem Zusammenbruch des Regimes und mit der Einführung der Marktwirtschaft war der Staat nicht länger die einzige Kraft zur Organisation der Gesellschaft und auch nicht mehr der einzige Arbeitgeber. Gewerkschaften und Verbänden gründeten sich und gruppierten sich unter der Führung von zwei Konföderationen, die wenige Monate nach dem Zusammenbruch des Regimes entstanden waren und bis heute bestehen. Es sind KSSH und die Union der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens (BSPSH). KSSH wurde am 5.6.1991 gegründet und ist aus der kommunistischen Staatsgewerkschaft hervorgegangen. BSPSH wurde in politischer Opposition zum kommunistischen Regime am 11.3.1991 gegründet. Sie war eine der ersten demokratischen Organisationen des Landes und spielte Anfang der 1990er Jahre eine

wichtige Rolle bei der Überwindung des Kommunismus. Die Trennung dieser Dachverbände auch entlang parteipolitischer Zugehörigkeiten war von Beginn an angelegt.

Seit dem Fall des Kommunismus haben sich in Albanien 83 aktive Gewerkschaften gegründet. Ein Großteil von ihnen arbeitet als Mitglieder der beiden Dachverbände. Daneben gibt es einige von KSSH und BSPSH unabhängige Gewerkschaften, die teils Abspaltungen einer Dachverbandsgewerkschaft sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

65 Prozent der öffentlichen Angestellten sind gewerkschaftlich organisiert, während im nicht-landwirtschaftlichen Privatsektor nur 20 Prozent und in der privaten Landwirtschaft lediglich 2,1 Prozent Gewerkschaftsmitglieder sind. Damit liegt der Organisationsgrad insgesamt bei 20 Prozent. Entsprechend werden im öffentlichen Sektor die meisten Tarifverträge abgeschlossen. Die Gewerkschaften im privaten Sektor hingegen sind wesentlich schwächer. Beispielhaft ist der Textilsektor, der sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt hat. Hier gibt es de facto nur sehr eingeschränkt unabhängige Gewerkschaftsarbeit und Beschäftigte sind sich der Existenz der Gewerkschaft größtenteils nicht bewusst. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen in der Textilbranche weiterhin schlecht und die Löhne niedrig.

Die beiden großen Konföderationen KSSH und BSPSH vertreten ca. 90 % der Gewerkschaftsmitglieder in Albanien. Sie sind in allen zwölf Regionen des Landes vertreten und agieren hauptsächlich in folgenden Sektoren: Bildung und Wissenschaft, Verwaltung, Metallurgie und Telekommunikation. Beide Dachverbände geben an, dass sie sowohl im öffentlichen Sektor als auch in privaten Unternehmen wachsen.

Der aktuelle KSSH-Vorsitzende, Kol Nikollaj, übt sein viertes Mandat aus. Er wurde auf dem sechsten Kongress der KSSH am 9.11.2019 in geheimer Abstimmung wiedergewählt. Er war der einzige Kandidat und sein Mandat gilt für fünf Jahre bis zum nächsten Kongress. KSSH vereint zehn Föderationen unter ihrem Dach.

BSPSH hat elf Föderationen und gibt 82 500 Mitglieder an. Am 18.9.2020 fand der siebte Kongress der BSPSH statt. Die Wahl des Präsidenten wurde wie zuvor per öffentlicher Abstimmung bei nur einem Kandidaten durchgeführt. Gezim Kalaja wurde zum vierten Mal wiedergewählt (Mandatsdauer ebenfalls fünf Jahre bis zum nächsten Kongress).

Dass in beiden Dachverbänden die langjährigen Vorsitzenden wiedergewählt wurden und innergewerkschaftliche Mitbestimmung eingeschränkt bleibt, lässt keinen Wandel in den Organisationen und ihren Arbeitsweisen erwarten. Allerdings gab es in den vergangenen zwei Jahren verschiedene Neugründungen und Erneuerungsprozesse in bestehenden Branchengewerkschaften, die für eine andere Art der Gewerkschaftsarbeit stehen. Diese Gewerkschaften versuchen, Mitglieder stärker einzubeziehen und substantiellere Tarifverträge

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Albanien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Konfederata e sindikatave te Shqiperise, KSSH (Konföderation der Gewerkschaften Albaniens)	Vorsitz: Kol Nikollaj	115 000	IGB, PERC
Bashkimi i Sindikatave te Shqiperise, BSPSH (Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens)	Vorsitz: Gezim Kalaja	82 500	IGB, PERC

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Albanien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindikata e Pavarur e Arsimit te Shqiperise, SPASH (Unabhängige Gewerkschaft für Bildung Albaniens)	BSPSH	Vorsitz: Nevruz Kaptelli	ca. 11 000	ETUCE, EI
Federata e Sindikatave te punonjesve te Industrise, FSPISH (Gewerkschaftsföderation der Industriearbeiter_innen)	KSSH	Vorsitz: Taf Koleci	10 000	IndustriALL, Industrie Europe, PSI, EPSU
Federata e Sindi-katave te Punonjesve te Arsimit, Edukimit dhe Shkences, FSPAESH (Föderation für Gesundheit Albaniens)	KSSH	Vorsitz: Petrit Frangu	35 000	–
Sindikata e Punonjesve e Poste-Telekomit Shqiptar, SPPTSH (Albanische Gewerkschaft der Post- und Telekommunikationsangestellten)	–	Vorsitz: Renato Mucaj	750	UNI Europa, UNI Global
Sindikata e Re e Naftëtarëve Shqiptarë, SRNSH (Neue Gewerkschaft Albanischer Ölarbeiter_innen)	–	Vorsitz: Kostandin Kina	2 500	–

ge auszuhandeln. Angesichts des schlechten Images der Gewerkschaften in Albanien und der erschwerten Arbeitsbedingungen bleibt dies jedoch eine große Herausforderung.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem albanischen Arbeitsgesetz können Gewerkschaften von mindestens 20 Arbeitnehmer_innen gegründet werden. Sie müssen zur Unterzeichnung des Gründungsgesetzes und der Satzung vor einem Notar erscheinen und sich anschließend beim Bezirksgericht Tirana registrieren lassen. Erst dann gelten Gewerkschaften als legal und dürfen ihre Tätigkeiten aufnehmen.

Der größte Teil der Gewerkschaftseinnahmen kommt aus dem Gewerkschaftsvermögen. Dieses Vermögen stammt von der kommunistischen Gewerkschaft und wurde nach dem Sturz des Kommunismus aufgeteilt und den neuen Gewerkschaften für 30 Jahre überlassen. Je 45 Prozent des Vermögens können die beiden großen Dachverbände KSSH und BSPSH nutzen, 5 Prozent die Bergbaugewerkschaft und 5

Prozent sind auf andere Gewerkschaften verteilt. Es handelt sich dabei vor allem um Immobilien wie beispielweise Erholungsheime, Kulturräumlichkeiten und Spielsäle. Dieses Vermögen trägt wesentlich dazu bei, dass die Konföderationen nur wenig aktiv sind, Mitgliedsbeiträge verbindlich festzulegen und einzutreiben. Auch eine professionelle Mitgliederwerbung findet kaum statt. Zwar sollten die Nutzungsrechte im Jahr 2020 auslaufen, doch die Regierung hat diese noch nicht eingefordert. Solch ein Schritt hätte dramatische Auswirkungen auf die Dachverbände und würde einen Strategiewechsel notwendig machen.

Nach den Parlamentswahlen im Juni 2017 hat der wiedergewählte Premierminister Edi Rama einige Änderungen an der Struktur des Kabinetts vorgenommen. Die Anzahl der Ministerien wurde von 19 auf 14 reduziert. Die wichtigste Änderung war die Auflösung des Ministeriums für Wohlfahrt und Soziales (Arbeitsministerium). Die Befugnisse dieses Ministeriums wurden zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und dem Ministerium für Gesundheit und Sozialschutz aufgeteilt. Bemerkenswert ist, dass viele Direktorate im ehemaligen Arbeitsministerium nicht mehr funktionsfähig sind,

z.B. das Direktorat für Arbeitsbeziehungen, welches sich mit Schlüsselthemen wie Tarif- und anderen Verhandlungen, Mediation, Schiedsverfahren und anderen arbeitsrelevanten Themen befasst hatte. Möglicherweise erfolgt nach den Parlamentswahlen im April 2021 eine erneute Umstrukturierung.

Die albanische Regierung hat bisher 54 ILO-Übereinkommen ratifiziert, 45 davon sind in Kraft, darunter sind alle ILO-Kernarbeitsnormen. Entsprechend sind die formellen Rechte zur Organisation, Versammlung und Streik gegeben. De facto ist unabhängige Gewerkschaftsarbeit jedoch nicht in allen Wirtschaftsbereichen möglich. Unternehmen üben teils Druck auf die Beschäftigten aus, um sie von Gewerkschaftsmitgliedern und insbesondere von aktiver Gewerkschaftsarbeit abzubringen. Aufgrund des auf Niedriglöhnen basierenden Wirtschaftsmodells werden Gewerkschaftsaktivitäten als kontraproduktiv und standortschädigend angesehen. Entsprechend erschwert ist genuine Vertretung von Arbeitnehmer_inneninteressen. Dass Gewerkschaften zudem ein schlechtes Image in weiten Teilen der Gesellschaft haben, ist eine zusätzliche Hürde.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Der Großteil der Tarifverhandlungen findet auf Unternehmensebene statt, darüber hinaus bestehen Branchentarifverträge auf nationaler oder regionaler Ebene. Es verhandeln Arbeitgeber mit der im Betrieb oder der Branche vertretenen Gewerkschaft. In Ausnahmen verhandeln mehrere Gewerkschaften gemeinsam, wie beispielsweise im Bildungsbereich. Die Vereinbarungen regeln eine Lohnuntergrenze, Kündigungszahlungen, Überstunden, Vertragslaufzeiten sowie die Freiheit von gewerkschaftlichen Aktivitäten. Tarifverhandlungen auf Branchenebene beziehen in der Regel alle relevanten Unternehmen ein. Der Grad der Tarifbindung ist im öffentlichen Sektor im Vergleich zu dem privaten Sektor hoch, es fehlen jedoch genauere Angaben zur Tarifabdeckung.

KSSH hat insgesamt 85 Tarifverträge abgeschlossen. Davon bestehen 69 Tarifverträge in Unternehmen sowie in privaten und öffentlichen Institutionen und 15 Tarifverträge für berufliche Arbeit auf nationaler Ebene. Die 69 Tarifverträge werden wie folgt aufgeteilt: 48 Tarifverträge im Privatsektor und 21 Tarifverträge im öffentlichen Sektor. Von den 15 Tarifverträgen für berufliche Arbeit auf nationaler Ebene sind zwölf Tarifverträge im öffentlichen Sektor und drei im Privatsektor. Diese Tarifverträge decken nach Angaben des Dachverbands 140 000 Beschäftigte ab, von denen 115 000 Mitglieder der KSSH sind.

BSPSH gibt 250 abgeschlossene Tarifverträge an, genauere Angaben zu Unternehmen und Branchen fehlen.

Der Nationale Arbeitsrat (NAR), das höchste Gremium des tripartiten Sozialdialogs, hat sehr begrenzten Einfluss. Der NAR ist rein konsultativ und wurde in der Vergangenheit oft für längere Phasen nicht zusammengerufen. Er gibt Empfehlungen an den Ministerrat und die entsprechenden Ministerien. Den Vorsitz dieses Gremiums hält das Ministerium für Finan-

zen und Wirtschaft inne. Der NAR besteht aus 27 Mitgliedern und 27 Vertreter_innen. Die Sozialpartner (Arbeitgeber_innen- und Arbeitnehmer_innenseite) sind mit jeweils zehn Mitgliedern und die Regierung mit sieben Mitgliedern vertreten. Im Jahr 2019 wurde eine tripartite Arbeitsgruppe eingerichtet, um die Vertretungskriterien der Sozialpartner im NAR festzulegen. Lediglich die beiden Dachverbände, nicht jedoch andere (unabhängige) Gewerkschaften, waren an diesem Prozess beteiligt.

Die Hauptanliegen der Gewerkschaften in den letzten Jahren sind die Folgenden:

- Kampf gegen Informalität,
- Erhöhung des Mindestlohns,
- Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. In den letzten Jahren ist insbesondere im Bergbau und im Bausektor die Zahl der Todesfälle am Arbeitsplatz gestiegen.

Im Privatsektor, insbesondere im Textilsektor, wurden Sensibilisierungskampagnen zur Einrichtung von Gesundheits- und Arbeitsschutzräten durchgeführt. Des Weiteren gibt es eine Initiative, um ein Gesetz zur Einrichtung von Betriebsräten auszuarbeiten. Das derzeitige geltende Gesetz regelt die Aufgaben und Funktionen des Betriebsrates nicht.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass der Premierminister mit ironischem Unterton mehrfach die Attraktivität des Investitionsstandorts Albanien mit dem Fehlen effektiver Gewerkschaften belegte, beschreibt die schwache Bedeutung, die ihnen aktuell beigemessen wird. Ebenso charakterisiert es das vorherrschende Wirtschaftsmodell, welches mangels technologischer Wettbewerbsfähigkeit weiterhin auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Lohnkosten setzt. Insgesamt ist also der Einfluss der Gewerkschaften beschränkt, was sich nicht nur am geringen Lohn, sondern auch an den schlechten Arbeitsbedingungen in einigen Branchen und im fehlenden Einfluss auf die Gesetzgebung zeigt.

Das begrenzte gesellschaftspolitische Gewicht der Gewerkschaften korreliert mit einem Image in der Bevölkerung, das von einer wahrgenommenen eingeschränkten Repräsentativität, von parteipolitischen Verbindungen und von Unklarheiten bezüglich des Gewerkschaftsvermögens beeinflusst ist. Laut einer Studie über die öffentliche Wahrnehmung der Leistung der Gewerkschaften in Albanien aus dem Jahr 2018 sind sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Nichtmitglieder der Meinung, dass sich politische Eingriffe negativ auf die Aktivitäten der Gewerkschaften auswirken. Darüber hinaus sind beide Gruppen der Ansicht, dass die Befugnisse der Gewerkschaften, zur Entwicklung einer staatlichen Beschäftigungspolitik beizutragen, erheblich eingeschränkt sind. Die politischen Parteien haben wiederholt um die Unterstützung der Konföderationen in Bezug auf Reformen und Kampagnen gebeten, aber wenig Interesse an einer Befähigung und Stärkung der Gewerkschaften für einen effektiven sozialen Dialog gezeigt.

Laut o. g. Studie aus dem Jahr 2018 bleibt die größte Herausforderung der Gewerkschaft das Erlangen stärkerer politischer Unabhängigkeit. Weitere Herausforderungen und Empfehlungen dieser Studie sind:

- höhere finanzielle Transparenz,
- mehr Demokratie innerhalb der Gewerkschaftsstrukturen,
- Entwicklung von wirksamen Strategien für mehr Engagement der Mitglieder im Gewerkschaftsleben,
- Effektive Nutzung von Medien zur Information der Öffentlichkeit.

Alternative Formen der Arbeitnehmer_innenvertretung wurden in den letzten Jahren vermehrt genutzt. So versuchen zivilgesellschaftliche Organisationen, die Rechte von Arbeitnehmer_innen im Privatsektor zu schützen. Dies geschieht bisher vor allem im Bergbau, im Textilsektor und im Call-Center-Bereich. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Aufklärungsarbeit und auf die Unterstützung der Gewerkschaftsgründung. Teils werden Gewerkschaftsaufgaben wie die Kommunikationsarbeit übernommen und durch eigene Inhalte ergänzt.

Stine Klapper, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana

Genci Lamllari, Programmkoordinator für Gewerkschaften in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.